
FORUM: Deutsch-deutsche Fragen

In jedem Fall eine föderalistische Lösung

Gespräch mit Erhard Eppler über den Umsturz in der DDR und die Wiedervereinigung*

Dr. Erhard Eppler, geb. 1926 in Ulm, ist Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages, Mitglied des Parteivorstands der SPD, Vorsitzender der Grundwertekommission sowie stellvertretender Vorsitzender der Programmkommission der SPD.

Frage: Wir sind Zeugen eines revolutionären Prozesses in Osteuropa, insbesondere in der DDR. Er ist sicherlich mitausgelöst durch die Politik Gorbatschows und durch die massenhaften und friedlichen Demonstrationen der Bevölkerung. Ein tieferliegender Grund ist aber wohl auch die katastrophale Lage der Ökonomie, der ein Versagen der Planwirtschaft zugrundeliegt. Der „real existierende Sozialismus“ steht vor dem Offenbarungseid. Inwieweit betrifft das den „Sozialismus“ als Idee, als Ideal, als Theorie insgesamt?

Antwort: Die Konservativen werden alles tun, um diesen offenkundigen Bankrott denen anzulasten, die dieses System von Anfang an bekämpft haben. Aber natürlich ist der demokratische Sozialismus, der ja in West-, Süd- und Nordeuropa einiges an Erfolgen aufzuweisen hat, dadurch eher bestätigt worden. Wenn jetzt in Zentral- und Osteuropa so etwas wie demokratischer Sozialismus entsteht, wird er natürlich auf anderen Grundlagen aufbauen, deshalb auch anders sein als in Westeuropa. Während es bei uns darum geht, dem Markt einen Rahmen zu setzen, der ihn zwingt, zu ökologisch und sozial verantwortbaren Ergebnissen zu kommen, wird es östlich der Elbe darum gehen, den Markt erst einmal in Gang zu bringen. Während es bei uns darum geht, das private Eigentum immer wieder an seine Sozialverpflichtung zu erinnern, wird es auf der anderen Seite nötig sein, auch auf der Grundlage des Gemeineigentums an den großen Produktionsmitteln ökonomischen und politischen Wettbewerb möglich zu machen.

Wie können diese Marktelemente dem System beigegeben werden? Kann es das aus eigener Kraft, mit eigenen Mitteln oder bedarf es dazu der Hilfe, der Unterstützung von außen?

Sicherlich wird Unterstützung von außen nötig sein, aber nicht dafür. Hier geht es einfach darum, so etwas wie eine sozialistische Marktwirtschaft anzukurbeln - also den ökonomischen und dann eben auch den politischen Wettbe-

* Das Gespräch führten Hans O. Hemmer und Stephan Hegger am 20. November 1989 in Bonn.

werb auf der Basis von weitgehend sozialisierten Produktionsmitteln. Sicherlich wird es auch nötig sein, das Handwerk zu fördern, die kleine, die mittlere Industrie, und zwar aufbauend auf Privateigentum. Aber ich kann mir sehr wohl vorstellen, daß sogar bis in eine neue Verfassung hinein das Gemeineigentum an den großen Produktionsmitteln festgeschrieben wird. Und das Kunststück wird dann sein, dies mit Markt und Wettbewerb zu verbinden. Ich halte es für möglich.

Ich mache einen etwas gewagten Ausflug in die nicht besonders eindrucksvolle Geschichte der deutschen Revolution. Die letzte, also die von 1918, ist ja vor allem daran gescheitert, daß Menschen fehlten, die das, was an Idealen da war, durchsetzten und umsetzten. Ist hinsichtlich der Tatbestände, über die wir jetzt gesprochen haben, nicht eine ähnliche Situation in der DDR zu konstatieren?

Das glaube ich nicht. Etwas vom erfreulichsten und wohl auch am erstaunlichsten in den letzten Monaten war für mich, wie viele exzellente Köpfe die DDR plötzlich hervorbringt - sicherlich überwiegend außerhalb der SED, aber auch innerhalb der SED. Wenn die Kräfte der Erneuerung außerhalb der SED sich die ökonomischen und politischen Erfahrungen der Reformkräfte innerhalb der SED zunutze machen können, dann habe ich, was die personelle Seite des Umbruchs angeht, keine größeren Sorgen.

Sie haben zu denen gehört, die in der jüngeren Vergangenheit von der Seite der Sozialdemokratischen Partei über eine gewisse Zeit intensive Gespräche mit Vertretern der SED geführt haben. Wir wollen jetzt darüber nicht im einzelnen sprechen, aber die Frage daran knüpfen, inwieweit die SED insgesamt reformfähig ist und eine Rolle spielen kann in diesem Reformprozeß?

Ich muß zuerst betonen, daß ich diese Gespräche immer geführt habe mit Rückkopplung an Kirchen und Opposition. Sogar das gemeinsame Papier zwischen SPD und SED ist erst verabschiedet worden, als es auch von wichtigen und kritischen Leuten aus den Kirchen dort als außerordentlich hilfreich akzeptiert worden war. Ich habe die SED in den letzten Jahren im Prinzip für reformfähig gehalten, aber ich war außerordentlich skeptisch, was die Führungsmannschaft der SED angeht. Ich habe dies am 17. Juni dieses Jahres in sehr unhöflichen Worten gesagt, zu einer Zeit, als Honecker seine Empörung darüber wiederholt zu erkennen gab. Ich glaube, daß es in der SED Menschen gibt, die Zeit ihres Lebens Begabung und Leistung durch Linientreue ersetzt haben. Denen ist nicht zu helfen. Sie werden natürlich eine Ordnung zurücksehen, wo ihre Mediokrität nicht so auffällt, aber sie werden sie nicht wiederbekommen. Und auf der anderen Seite gibt es innerhalb der SED Köpfe, die sich sehr wohl einem politischen Wettbewerb in einer pluralistischen Gesellschaft stellen können. Und die werden sich dann auch stellen. Was dabei herauskommt, wird eine abgespeckte und sicherlich nicht mehrheitsfähige SED sein.

In diesem Zusammenhang eine Frage nach den Gewerkschaften, nach ihrer bisherigen und nach ihrer zukünftigen Rolle. Müssen sie nicht eine weit aktivere Rolle spielen, was Interessenvertretung von Arbeitnehmern angeht?

Sie werden es entweder tun müssen oder eine andere Gewerkschaft, die dies tut, neben sich dulden müssen, die dann ziemlich rasch die alten Gewerkschaften überflüssig macht.

Sind die etablierten Gewerkschaften überhaupt reformfähig?

Ich kann das nicht beurteilen. Ich weiß nicht, wie tief das Mißtrauen gegen die SED-hörigen Gewerkschaften in der Arbeiterschaft sitzt. Ich meine eher, daß es so tief sitzt, daß auf Dauer gar nichts zu retten ist. Aber Apparate haben ja ihre eigenen Gesetzlichkeiten, ihr Eigengewicht. Undenkbar ist es nicht, daß auf der Grundlage des alten Apparates eine wirkliche Gewerkschaft entsteht.

Sehen Sie im Hinblick auf Gewerkschaften Möglichkeiten der Unterstützung von unserer Seite?

Ja, das kann ich mir sehr gut vorstellen. Vor allem dann, wenn sich neue Gewerkschaften bilden sollten. Aber das kann der DGB sehr wohl abwarten.

Bei der Volksbewegung in der DDR kamen ausdrücklich betriebliche Aspekte wenig zum Vorschein. Ist das eine zutreffende Beobachtung und gibt es dafür eine Begründung?

Man kann sagen, daß der 17. Juni 1953 ein Arbeiteraufstand war, und das, was jetzt geschehen ist, sicherlich kein Arbeiteraufstand war, obwohl zweifellos auch Arbeiter an diesen Demonstrationen teilgenommen haben. Aber die geistige Vorbereitung dessen, was jetzt geschehen ist, auch was die Methoden der Demonstrationen, die absolute Gewaltlosigkeit und Friedlichkeit angeht, ist im Umkreis der Kirchen geschehen, und dort gibt es in der DDR noch weniger Arbeiter als bei uns. Es ist natürlich denkbar - und vielleicht hat auch die SED-Führung Angst davor gehabt -, daß ohne Öffnung und Erneuerung Streiks in den Betrieben ausgebrochen wären, aber insgesamt haben sich die Arbeiter in den Betrieben eher abwartend verhalten. Sie haben nicht die alte Ordnung gestützt, aber sie haben wohl auch ein gewisses Mißtrauen gegenüber dem, was da von Künstlern, Pastoren, Rechtsanwälten und Studenten in Gang gesetzt worden ist.

Könnte es auch sein, daß es Mißtrauen gegenüber westlichen Verformungen im Arbeitsleben gibt: gegenüber hohen Anforderungsprofilen, Streß, dem Kampf jeder gegen jeden, Arbeitslosigkeit?

Das mag im Hintergrund sein, aber das ist wohl nicht das Mißtrauen gegen die Kräfte etwa des Neuen Forums. Ich habe vor etwa 7 Jahren bei einer Reise durch die DDR, die vor allem innerhalb der sächsischen Landeskirche stattfand, sehr verschiedene Menschen folgendes gefragt: Erstens: Wie würde in

der DDR eine Abstimmung ausfallen über die Frage, ob die großen Produktionsmittel wieder in Privathand kommen sollen? Die durchschnittliche Antwort war, es würden mindestens 70 Prozent „nein“ sagen, also den gegenwärtigen Stand belassen wollen. Meine zweite Frage war: Warum ist das so? Die Antwort darauf lautete: Weil die Menschen Angst haben, wieder sehr viel härter arbeiten zu müssen. Das alles mag jetzt eine Rolle spielen.

Müßte denn in einer sozialistischen Marktwirtschaft härter gearbeitet werden als es zur Zeit in der DDR durchschnittlich üblich ist?

Mit Sicherheit ja. Nun würde das ja auch in dem Augenblick geschehen, wo Geld wieder Geld wäre. Es ist schon eine gewisse Zumutung an Menschen, vor allem an solche, die abends ARD und ZDF sehen, ein Leben lang zu arbeiten, um schließlich nach 15 Jahren Wartezeit einen Trabi kaufen zu können. Ich habe das Jahr 1948 sehr bewußt erlebt. Die Menschen begannen, wieder hart zu arbeiten in dem Augenblick, als Geld wieder Geld war, und als sie selber entscheiden konnten, was sie mit den zwanzig oder hundert und später dann auch tausend Mark machen wollten, die sie mit ihrer Arbeit verdient hatten. Deshalb ist für mich die ökonomische Kernfrage nicht, in wessen Hand die großen Produktionsmittel sind, sondern wie man eine Währung zustandebringt, die das Arbeiten wieder lohnend erscheinen läßt.

Daran könnte man sicher sehr viele Fragen anknüpfen, die das Verhältnis von Arbeit, Konsumtion, Ökologie, Freizeit betreffen. Aber insgesamt: Ist diese historische Situation nicht eine große Chance für ein neues Experiment, einen neuen Wurf?

Sicherlich ist es das auch. Und gerade an der Stelle, von der ich jetzt sprach, hätte die Bundesrepublik die Möglichkeit der Hilfe. Sie könnte massiv dazu beitragen, den Geldüberhang in der DDR zu vermindern. Wenn die Bundesrepublik anstatt 100 DM Begrüßungsgeld manchem die Chance gäbe, sagen wir einmal bis zu 1 000 Ostmark zu einem Kurs von etwa 1:5 in Westmark umzutauschen, und wenn diese Ostmark dann - und das wären ja Milliarden innerhalb weniger Wochen - bei der Bundesbank stillgelegt würden, dann würde zum Beispiel der Ausverkauf der DDR durch Spekulanten verhindert, und die DDR könnte sich langsam auf eine konvertible Währung zubewegen.

Bisher hatte man den Eindruck, daß nicht nur Politiker, sondern eigentlich alle Verantwortlichen in der Bundesrepublik zwar mit Freude, aber auch mit Ratlosigkeit den Ereignissen in der DDR gegenüberstanden. Welche praktikablen und praktischen Hilfsmöglichkeiten gibt es denn nun für eine verantwortliche Politik, für eine verantwortungsbewußte Wirtschaft?

Jedenfalls sollte die Bundesregierung aufhören, immer neue Bedingungen zu stellen. Der Prozeß der Umwandlung, der Erneuerung der DDR ist in der Tat unumkehrbar, dafür brauchen wir nicht mehr zu sorgen. Das machen die Menschen in der DDR schon selbst. Vor sechs Wochen hätte ich das noch anders

gesagt, aber jetzt ist das so, und deshalb könnten jetzt durch gemischte Kommissionen über die verschiedensten Bereiche vom Verkehr über Joint ventures bis hin zu Fragen der Währung, der Ökologie, wie sie ja Modrow selbst vorgeschlagen hat, Konzepte ausgearbeitet werden, die beide Seiten für akzeptabel und hilfreich halten. Man darf nur jetzt nicht das Ergebnis des gesamten Prozesses zur Voraussetzung dafür machen, daß man diesen Prozeß beschleunigt und ihm voranhilft.

Damit kommen wir zum Komplex Deutschlandpolitik: Es werden ja vielerlei Varianten gehandelt - von der Wiedervereinigung bis hin zu Konzepten einer Föderation zwischen den beiden Staaten. Wie steht es um die Wiedervereinigung, um Konföderation oder andere Formen des Miteinander der beiden deutschen Staaten in naher und ferner Zukunft?

Ich kann mich über diese Frage nicht mehr allzusehr erhitzen. Die Wiedervereinigung der Menschen - und das ist doch das Entscheidende - hat praktisch schon stattgefunden. Willy Brandt hat gesagt, hier wächst die Einheit von unten her. Das ist eine sehr genaue Beobachtung. Wie immer die staatsrechtlichen Verhältnisse sind, die DDR hat sich mit der Öffnung der Grenzen voll dem Sog der Bundesrepublik ausgesetzt, vor allem dem wirtschaftlichen Sog. Dies bedeutet, daß die DM-West immer mehr zum entscheidenden Zahlungsmittel auch drüben wird, ob wir das wollen oder nicht. Schon heute kann man nicht mehr, wie vor ein paar Monaten, auf Anhieb einen Rundfunksender der DDR von einem Rundfunksender in der Bundesrepublik unterscheiden. Selbst im Fernsehen wird es schwierig. Von daher halte ich vieles von der Wiedervereinigungsdebatte für Theorie. In jedem Fall werden die beiden Teile Deutschlands in den nächsten Jahren sehr viel enger zusammenrücken, als wir uns das noch vor einem halben Jahr vorstellen konnten. Und in jedem Fall wird die DDR schon aus Gründen des Rechtssystems, der Währung, der unterschiedlichen Rechtsnormen noch lange eine Staat für sich bleiben müssen. Und dann bleibt doch nur noch die Frage, wie eng dieser Staat mit der Bundesrepublik verbunden wird und welche Namen das Kind schließlich haben wird. Ich nehme auch an, daß es in jedem Fall eine föderalistische Lösung sein wird. Vielleicht wird es eines Tages eine Debatte darüber geben, ob die Wiedervereinigung schon stattgefunden habe. Sie wird dann noch weniger relevant sein als der Streit von heute.

Eine Frage zu den Militärbündnissen NATO und Warschauer Pakt: Liegt im Zusammenwirken der beiden deutschen Staaten nicht nur eine Chance für Europa, sondern auch für einen umfassenden Abrüstungsprozeß?

Eine Föderation würde doch wohl bedeuten, daß die beiden Staaten eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu machen sich vornähmen. Das ist natürlich nicht möglich, solange sie verschiedenen Paktsystemen angehören, und die Truppen der verschiedensten Mächte, einschließlich der beiden Weltmächte, in beiden Staaten stationiert sind. Das heißt: Alles, was einen Grad an Föderation bedeuten würde, für den man bei gutem Willen auch den Begriff

der Wiedervereinigung verwenden könnte, setzt die Überwindung der Blöcke voraus und schließt zumindest den Abzug der Weltmächte ein, auch wenn das nicht gleichzeitig geschehen müßte. Dies ist ein weiterer Grund, warum ich die Debatte im Moment für wenig hilfreich halte. Jetzt kommt es darauf an, den Menschen in der DDR bei der Ausübung ihres Selbstbestimmungsrechts zu helfen und gleichzeitig eine Politik der Blocküberwindung für Europa zu machen. Ob das, was dabei herauskommt, von allen als deutsche Einheit angesehen oder nur von einigen so genannt wird, das raubt mir keine Stunde Schlaf.

Die Lage Deutschlands und Europas ist eine Folge des Zweiten Weltkriegs, und es scheint viele Europäer - nicht nur Europäer - zu geben, die jegliche Veränderung dieser Nachkriegssituation - was Deutschland angeht - als eine potentielle Bedrohung ansehen. Kann man solchen subjektiv womöglich berechtigten Ängsten entgegenreten? Muß man ihnen entgegenwirken?

Man muß einerseits allen Nachbarn sagen, daß man den Graben durch Europa nicht überbrücken kann, ohne den Graben durch Deutschland zuzuschütten. Man muß ihnen sagen, daß gegen das, was von unten, von den Menschen her an Einheit wächst, kein Kraut gewachsen ist — kein russisches und kein französisches, kein polnisches und kein amerikanisches oderritisches. Und man muß drittens zu erkennen geben, daß es keinerlei Grund gibt, ein glückliches Volk in der Mitte Europas für gefährlicher zu halten als ein grollendes, daß es keinerlei Grund gibt zu der Annahme, daß die Deutschen dann schlechtere Europäer werden, wenn sie nicht mehr auf Mauer und Stacheldraht in ihrem eigenen Lande starren müssen. Es könnte genau umgekehrt sein. Alles wird umso leichter, je mehr wir den mißverständlichen und provozierenden Begriff der Wiedervereinigung aus dem Spiel lassen, der in der Sache gar nicht viel bringt.

Macht die aktuelle Lage nicht zwingend weitreichende außen- und sicherheitspolitische Konzepte und Vorschläge der Bundesregierung nötig?

Ohne Zweifel. Sicherlich geht es dabei nicht um die Initiative, morgen die Blöcke aufzulösen, sondern darum, Schritte auf das hin zu tun, was jetzt vom Osten angeboten wird. Es ist ja offenkundig, daß der Versuch Stalins gescheitert ist, der ganzen Sicherheitszone zwischen Bug und Elbe das stalinistische Regime und die stalinistischen Gesellschaftsordnungen aufzuzwingen. Damit ist natürlich auch sehr viel vom Kitt des Warschauer Paktes weggebröckelt. Also hat Gorbatschow natürlich ein Interesse daran, diesen Warschauer Pakt loszuwerden, wenn gleichzeitig im Westen eine Lockerung der Bündnisbeziehungen stattfindet.

Wenn ich Kanzler wäre, dann hätte ich die Russen längst wissen lassen, daß - was immer in der Mitte Europas geschehen könnte -, niemals NATO-Truppen an der Oder auftauchen werden. Dafür gibt es auch keinerlei Grund. Für unsere Sicherheit ist das nicht nötig. Wir sind im Westen heute in der glücklichen Lage, daß wir schon in Richtung auf die Auflösung der Blöcke voran-

kommen, wenn wir nur aufnehmen, was es an Anregungen aus dem Osten gibt und diese Anregungen kritisch prüfen.

Die Rechte erlebt in der Bundesrepublik eine gewisse Renaissance. Sie spielt die nationalistischen Töne. Und das rechte Spektrum der Unionsparteien bezieht offenbar in der Grenzfrage ähnliche Positionen. Liegt in dieser Konstellation eine Gefahr?

Ich halte die gesamten Differenzen in Sachen Oder-Neisse-Grenze, zumindest was die großen Parteien angeht, für rein rhetorisch. Die Politiker der Union - auch der CSU - wissen genausogut wie alle anderen, daß sich sofort die gesamte Welt, Ost und West, gegen uns zusammenschließen würde, wenn wir ernstlich die Grenzen von 1945 antasten wollten. Wenn Politiker der Union so reden, als wüßten sie das nicht, dann nicht, weil sie im Ernst glauben, man könne aus Wroclaw wieder als alte Breslau werden lassen, sondern weil sie an bestimmte Wählerschichten denken.

Was die Rechtsradikalen angeht, muß auch die SPD in Sachen Deutschland diese Gefahr ernst nehmen. Das bedeutet nicht, in eine Wiedervereinigungsrhetorik zu flüchten, aber es heißt doch, daß die großen Parteien sich nicht den Demagogen von rechts zum Fräße vorwerfen lassen sollten. Ich habe spätestens seit dem 17. Juni 1989 allen in meiner Partei widersprochen, die nun die Zwei-Staatlichkeit, also die Existenz zweier souveräner deutscher Staaten, zum Dogma machen wollen. Ich hielt dies für unrealistisch - und wie unrealistisch es war, dürfte wohl inzwischen jederman klar sein - und dann auch für unverantwortlich, gerade auch im Blick auf rechtsradikale Agitationen. Wenn ich das, was die SPD in ihrem Parteivorstand kürzlich beschlossen hat, mit dem vergleiche, was der Bundeskanzler jetzt im Bundestag gesagt hat, dann gibt es de facto keinen Unterschied mehr. Beide sagen, die Bürger der DDR haben ein Selbstbestimmungsrecht und wir werden respektieren, was immer sie in Ausübung dieses Rechtes beschließen. Dabei können wir es belassen. Das ist eine Position, die man auch nach rechts sehr wohl verteidigen kann.